

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 770

Mittwoch, 04. Januar 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

26 Jahre Friedensabkommen: Leider viele Rückschritte.....	1
Wahlen I: Thelma Cabrera und Jordán Rodas Präsidentschaftskandidat*innen der MLP.....	4
Wahlen II: Profil der Wähler*innen: Mehr Frauen und viele junge Menschen.....	5
Wahlen III: “Ich würde ja gerne wählen, aber ich weiss nicht wen“: Jugend in Xela.....	5

26 Jahre Friedensabkommen: Leider viele Rückschritte

Guatemala, 29. Dezember - Am 29. Dezember feiert Guatemala den 26. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens, mit dem 36 Jahre lang bewaffneter Konflikt im Land beendet wurde. Die damit verbundenen Abkommen wurden als politische Lösung für die bewaffnete Konfrontation skizziert und zielten darauf ab, den Staat in einen multiethnischen, multikulturellen und mehrsprachigen Staat umzuwandeln, der mit der Ausgrenzung brechen und der Armut und dem historischen Rassismus der Bevölkerung gegenüber den indigenen Völkern ein Ende setzen würde.

Die Geschichte hat gezeigt, dass es mehr als eine Unterschrift braucht, um die Ära des Friedens zu zementieren. Es war eine Zeit der Hoffnung auf einen Wandel im Land, auch dank der Schaffung neuer Institutionen wie der Nationalen Zivilpolizei (PNC), die sich von ihrer völkermörderischen Vergangenheit distanzierte und der anschliessenden Entdeckung des Historischen Archivs der Nationalen Polizei (AHPN) im Juli 2005. Aber es war auch eine Zeit, in der der Aufbau des Rechtsstaates in gewisser Weise ausgrenzend war. Die Nachkriegsregierungen unternahmen kaum Anstrengungen, um nicht nur die Inhalte der Friedensabkommen und -verhandlungen, sondern auch Gesetze wie das des Nationalen Rates für die Erfüllung der Friedensabkommen (CNAP) zu verbreiten und in der Gesellschaft sichtbar zu machen. Im Bildungssystem wurden die Inhalte des bewaffneten Konflikts fast vollständig aus dem Nationalen Lehrplan (CNB) gestrichen. (...)

Warum sagen wir, dass es einen Rückschritt beim Frieden gibt?

Am 29. Dezember 1996 unterzeichneten die Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas (URNG) und die Regierung von Álvaro Arzú das Friedensabkommen, das eine Reihe von Pakten und Verpflichtungen zur Reform und Umgestaltung des Staates enthält: Abkommen über die Suche nach Frieden mit politischen Mitteln, Abkommen über Menschenrechte, Abkommen über die Wiederansiedlung entwurzelter Bevölkerungsgruppen, Abkommen über die Einsetzung der Kommission für historische Aufklärung (CEH), Abkommen über die Identität und die Rechte indigener Völker, Abkommen über sozioökonomische Aspekte und die Lage der Landwirtschaft, Einigung über die Stärkung der zivilen Macht und der Rolle der Armee, Einigung über den endgültigen Waffenstillstand, Einigung über die Verfassungsreformen und das Wahlsystem, Einigung über die Eingliederung der URNG in das Rechtssystem, Einigung über den Zeitplan für die Umsetzung, Erfüllung und Überprüfung des Friedensabkommens und Einigung über einen festen und dauerhaften Frieden. Die Abkommen würden die Grundlage für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Vertiefung der partizipativen und integrativen Demokratie und die Abkehr von der Militärdoktrin bilden, die die Operationen während des bewaffneten Konflikts mit der Reduzierung der Armee kennzeichnete. Doch nichts davon ist eingetreten.

Akt I: Frieden, um die Gebiete zu plündern

Fast unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens begann eine extraktiv-kapitalistische Phase, in der rechtliche Rahmenbedingungen verabschiedet wurden, die die Plünderung und Ausbeutung indigener Ressourcen und Territorien erleichtern. Zum Beispiel die Privatisierung der Elektrizität während der Amtszeit von Präsident Arzú, gefolgt von dem Bau von Staudämmen, dem Bergbaugesetz und der Ölförderung. All dies wurde durch das Vordringen transnationaler Unternehmen ermöglicht (s. https://www.biodiversidadla.org/Documentos/Industrias_y_proyectos_extractivos_en_Guatemala._Una_mirada_global). Dies führte zur Verfolgung und Kriminalisierung von Gemeindebehörden.

den, die sich gegen gross angelegte Bergbauprojekte und gewaltsame Vertreibungen zur Aneignung indigener Gebiete gewehrt haben. Diese Situation dauert bis heute an.

Im Mai 1999 wurde in Guatemala ein Volksreferendum abgehalten, um die im Friedensabkommen festgelegten Reformen in die politische Verfassung aufzunehmen und die Bevölkerung zu den sozialen Rechten, zur Reform des Justizwesens, des Kongresses und der Exekutive zu befragen, wobei letztere die Rolle des Militärs einschränken sollte. Aber Unternehmensgruppen, religiöse Protestant*innen und konservative Sektoren mobilisierten gegen die Reformen, was nicht nur eine wichtige Rolle bei der geringen Wahlbeteiligung (18,6 %) spielte, sondern auch beim Scheitern des Abkommens als politisches Projekt für das Land. Von da an setzten die "demokratischen" Regierungen und Wirtschaftseliten die Agenda der Straffreiheit und des Vergessens des internen bewaffneten Konflikts fort. Auch wenn im selben Jahr zwei für das historische Gedächtnis wichtige Ereignisse stattfanden.

Im Februar 1999 legte die CEH den Bericht "Erinnerung an das Schweigen" vor, in dem sie zu dem Schluss kam, dass 83 % der Opfer des internen Krieges Indigene waren und 94 % der Verbrechen vom Staat im Rahmen institutioneller Gewaltpraktiken begangen wurden. Im Mai 1999 wurde das Diario Militar entdeckt, das einen Einblick in die Taktiken und Pläne zur Verfolgung, Folterung und Hinrichtung der "inneren Feinde" gab, von denen die Militärdiktaturen annahmen, sie seien Verbündete oder Unterstützer des internationalen Kommunismus. In Wirklichkeit aber waren es Studierende, Intellektuelle, Gewerkschafter*innen und soziale Gruppen, die sich gegen Regierungen wandten, die Armut, Rassismus und Ausgrenzung aufrechterhielten.

Mit der Amtszeit von Álvaro Colom wurden Sozialprogramme gefördert, die vorübergehend einige der grossen strukturellen Probleme des Landes in Angriff nahmen. Der Dialog mit den indigenen Gemeinschaften wurde offener geführt, es wurden Räume für die Beteiligung von Frauen geschaffen, Programme zur wirtschaftlichen Wiederbelebung und zur Bekämpfung von Gewalt gestartet, die später wegen Korruption angeprangert wurden. Aber alle Fortschritte waren ohne Gewähr.

Akt II: Der rechtsstaatliche Frühling

Die bilateralen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die aktivere Beteiligung Guatemalas an den Vereinten Nationen (UN) eröffneten eine Zeit lang die Möglichkeit, ein Büro zur Bekämpfung der illegalen und geheimen Sicherheitsapparate (CIACS) zu schaffen. Die Regierung von Óscar Berger ersuchte die Vereinten Nationen im Dezember 2006 um die Einsetzung der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG). Die Ermordung von drei salvadorianischen Abgeordneten der ARENA-Partei auf guatemaltekischem Territorium im Februar 2007 hatte die Zustimmung des Kongresses zur Einsetzung der Kommission beeinflusst.

Mit dem Amtsantritt von Claudia Paz y Paz bei der Staatsanwaltschaft (MP) im Jahr 2010 begannen die Ermittlungen zu Kriegsverbrechen, die sich angesammelt hatten und aufgeschoben worden waren. Vor der Ära von Paz y Paz war die MP nach Aussage von Überlebenden des Diario Militar eher damit beschäftigt, sie zu überwachen und in ihre Fussstapfen zu treten, als gegen die Täter zu ermitteln. Die nun einsetzende strafrechtliche Untersuchung deckte mehrere Fälle auf, in denen der Staatsapparat politische Gewalt (gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und aussergerichtliche Hinrichtungen) als institutionelle Praxis anwandte, wobei die Armee und ihr Oberkommando ungestraft agierten.

Im Mai 2013 verurteilte das Strafgericht A unter dem Vorsitz von Richterin Yassmin Barrios den Diktator Efraín Ríos Montt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Fall des Völkermords an den Ixil zu 80 Jahren Haft. Es wurde festgestellt, dass die Armee auf Befehl von Ríos Montt mehr als 1.700 unbewaffnete Indigene, die als Kollaborateure und Verbündete der Guerilla und damit als Kommunist*innen galten, ermordet hat. Das Urteil markierte einen Wendepunkt im Land, nicht nur, weil es 10 Tage später auf Antrag von Ríos Montts Verteidigung wegen Verfahrensfehlern aufgehoben wurde, sondern auch, weil es einen Präzedenzfall für andere Opfer schuf, die Gerechtigkeit für andere Gräueltaten des Krieges suchen. Der Völkermordprozess erregte die Aufmerksamkeit einer Gruppe von Militärangehörigen, von denen einige bereits im Ruhestand waren. Angesichts der Möglichkeit, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt zu werden, leiteten sie daher rechtliche Schritte ein, um Straffreiheit zu erwirken, indem sie behaupteten, dass die Unterzeichnung des Friedensabkommens ein Druckmittel für eine gerichtliche Amnestie war. Im Dezember 2014 antwortete die Erste Kammer des Berufungsgerichts, dass "bei der strafrechtlichen Verfolgung des Verbrechens des Völkermords kein Amnestiegesetz anwendbar ist".

Der Prozess behinderte jedoch die Suche nach Gerechtigkeit für zivile Organisationen wie die Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung (GAM) und die Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen Guatemalas (ein Prozess, der der Unterzeichnung des Friedensabkommens vorausging), die eine Klärung des Schicksals ihrer während des bewaffneten Konflikts verschwundenen oder getöteten Angehörigen gefordert hatten. All dies zeigt, dass die Paramilitärs immer noch Einfluss auf das Justizsystem haben. In diesen Jahren wurde eine Reihe von Fällen vor Gericht verhandelt, bei denen einige pensionierte Militäroffiziere und ehemalige Patrouillenmitglieder zu Haftstrafen verurteilt wurden. Das erste war 1996, als ein Gericht einen ehemaligen Paramilitär für das Massaker im Caserío Chorroaxaj in Joyabaj, Quiché (1981) verurteilte. Weiterhin gab es Verurteilungen in Bezug auf die Massaker von Las Dos Erres (1982), Panzós (1978), Mujeres Achi (1981-85), Creompaz (1981-1988), Sepur Zarco (1982-83) und zuletzt Diario Militar (1983-85).

Mit der Ernennung von Iván Velásquez zum dritten Kommissar und Leiter der CICIG wurden weitere Korruptionsfälle, in die hohe politische und wirtschaftliche Kreise verwickelt waren, vor Gericht gebracht. So gab es eine Zeit lang die Hoffnung, dass Guatemala sich ändern könnte. Im Jahr 2015 prangerten die CICIG und die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) die Existenz eines Netzwerks von Bestechung und Zollbetrug an, das vom damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina und seiner Vizepräsidentin Roxana Baldetti geleitet wurde und in das die mittlere Führungsebene des Zolls, aber auch die Exekutive, wie Baldettis Privatsekretär Juan Carlos Monzón Rojas, verwickelt war. Ein Fall, der als La Línea bekannt ist. *[Und zu einer Verurteilungen von Pérez Molina, Baldetti u.a. führte, wie Fijáte!-Leser*innen seit dem letzten Heft wissen, d. Red.]*

Dies war nicht der einzige Korruptionsfall, in den Staatsbedienstete verwickelt waren, da die CICIG und die FECI bald ein halbes Dutzend Untersuchungen vorlegten, die ein breiteres Bild des öffentlichen Korruptionssystems enthüllten, z. B. den Fall Cooptación del Estado, den Fall La Cooperacha, den Fall Agua Mágica, den Fall Corrupción y Construcción, den Fall Terminal de Contenedores Quetzal (TCQ) und andere. Militärs wie Francisco Javier Ortiz, alias "Teniente Jerez", der in der brutalen Aufstandsbekämpfung aktiv war, waren an diesen Korruptionsnetzen und an der Kooptation des Staates beteiligt. Die Enthüllung der Rolle des Militärs und hochrangiger Beamter bei diesen Korruptionsoperationen führte dazu, dass sich der Druck von Politiker*innen, Wirtschaftseliten und Militäroffizieren, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt waren, erhöhte, die CICIG aus dem Land zu entfernen, und die vorherrschende Notwendigkeit, die MP zu übernehmen - unter dem Vorwand, die ausländische Einmischung zu unterbinden. Obwohl es ja die guatemalteckische Regierung war, die 2006 den Antrag auf Einrichtung der CICIG bei den UN stellte.

Akt III: Rache und Demontage

Einer von Iván Velásquez' Beiträgen an der Spitze der CICIG bestand darin, zu skizzieren, wie sich die CIACS zu illegalen politischen Wirtschaftsnetzwerken (RPEI) entwickelt haben, d. h. zu ausgeklügelten Plänen zum Diebstahl öffentlicher Mittel durch staatliche Aufträge, die durch den Anschein der Legalität Straffreiheit gewährleisten können. Aber es war vor allem ein Fall, der der CICIG einen tödlichen Schlag versetzte, da die RPEIs sie als Hauptverantwortliche für die gegen sie gerichteten Fälle identifizierten. Es handelte sich um den Fall Botín Registro de la Propiedad, in dem die CICIG und die MP die Familienmitglieder des damaligen Präsidenten Jimmy Morales (2016-2020) beschuldigten, die Erbringung von Dienstleistungen vorgetäuscht und Rechnungen gefälscht zu haben, um sich öffentliche Gelder anzueignen. Morales hatte sich im ersten Jahr seiner Regierung zum Verbündeten im Kampf gegen die Korruption erklärt, doch dann vollzog er eine 180-Grad-Wende und erklärte, die CICIG sei das Produkt ausländischer Einmischung. Jimmy Morales ernannte Kommissar Velásquez nicht nur zur Persona non grata, sondern kündigte 2019 auch das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und dem guatemalteckischen Staat, wodurch CICIG-Mitarbeiter*innen Schikanen und Drohungen von paramilitärischen Gruppen ausgesetzt waren. Von da an wechselte Morales mehrere Mitglieder seines Kabinetts aus und wählte Consuelo Porras zur neuen Generalstaatsanwältin. Porras wurde zum Spielball der Macht, mit dem das Militär, korrupte Geschäftsleute und kriminelle Gruppen sich an den Richter*innen und Staatsanwält*innen rächen wollten, die ihre Geschäfte aufgedeckt und sie ins Gefängnis gebracht hatten.

Mit seinem Amtsantritt im Jahr 2020 setzte Alejandro Giammattei die Kooptation des Justizsystems fort, was sich auf die Entwicklung wichtiger Fälle auswirkte. Zudem wurden die nach den Friedensabkommen geschaffenen Einrichtungen von Räten und Sekretariaten herabgestuft zu Büros innerhalb der neuen Präsidialkommission für Frieden und Menschenrechte (COPADEH): Der Nationale Rat für die Erfüllung der Friedensvereinbarungen (CNAP), das Sekretariat für Frieden (SEPAZ), das Sekretariat für Agrarangelegenheiten (SAA), die Präsidialkommission für Menschenrechte (COPREDEH), die Präsidialkommission für Dialog (CPD) und das Sekretariat für Lebensmittel- und Ernährungssicherheit (SESAN). Das Nationale Wiedergutmachungsprogramm (PNR), das für die Gewährung von Wirtschaftssubventionen an Kriegsoffer zuständig war, wurde im Oktober 2020 in ein Büro des Ministeriums für soziale Entwicklung (MIDES) verlagert. Sein Mandat wird 2023 enden. In den ersten sechs Monaten der Regierung Giammattei wurden mitten in der COVID-19-Pandemie 260 SEPAZ-Beschäftigte entlassen. So haben die drei letzten Regierungen – beeinflusst durch das Militär - jene Institutionen, die für die Umsetzung der Friedensabkommen zuständig waren, massiv geschwächt.

Akt IV: Das Gleiche wie vor 26 Jahren

Einige Teile der Abkommen wie die Demobilisierung der revolutionären Kräfte, der Waffenstillstand und die Eingliederung der revolutionären Kräfte in das politische Leben mit der Gründung der Partei URNG wurden rasch umgesetzt. Auch wurden in gewissem Masse bestimmte Institutionen erneuert: z. B. die Nationale Zivilpolizei, wenn sie auch nie vollständig in die Polizeireform integriert war, wie auch die Schaffung von Friedenseinheiten und die Stärkung der MP und der Gerichte durch das Programm zur Modernisierung und Stärkung des Justizsystems. Diese kleinen Fortschritte wurden jedoch in den letzten Jahren weitgehend zurückgenommen. Sichtbar durch die Verfolgung rechtsstaatlich denkender Richter*innen und Staatsanwält*innen in den vergangenen Jahren.

Ähnliches gilt für das von der Regierung Alfonso Portillos geschaffene Sekretariat für Frauen im Präsidialamt, das nur wenig Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Politik zugunsten der Frauen hat und nur als beratendes Gremium dient (...). Zwar gab es Fortschritte bei der Einbeziehung von Sozialprogrammen, der Öffnung von Räumen für historisch ausgegrenzte Gruppen wie Kinder, Frauen und indigene Völker und bis zu einem gewissen Grad bei der Dezentralisierung des Staates, doch haben einige Sektoren darauf gedrängt, sie wieder rückgängig zu machen und tun dies auch

weiterhin. Die Liste dessen, was nicht erreicht wurde, ist viel länger.

In Guatemala bestehen die Probleme der Ausgrenzung, der Armut, des Rassismus und der Straflosigkeit fort, nur in verschärfter Form. Laut der jüngsten nationalen Erhebung über die Lebensbedingungen (ENCOVI) stieg die Armut von 56,4 % im Jahr 2000 auf 59,3 % im Jahr 2014. Einer Studie der Universität Oxford zufolge waren es 2019 61 %. Auch die Gewalt hat so stark zugenommen, dass das Guatemala der Friedenszeit gleichzeitig zu den 15 gewalttätigsten Ländern der Welt gehört. Zwischen Januar und Mai dieses Jahres stieg die Zahl der Morde im Vergleich zu 2021 um 11,8 %. Mit anderen Worten: In fünf Monaten wurden 1.797 Menschen ermordet, darunter 290 Frauen.(...) Was die Migration angeht, so (...) deutet einiges darauf hin, dass der Staatsapparat eher daran interessiert ist, Migrant*innen zu produzieren als die Migrationsursachen anzugehen. Einen Teil der zuletzt um 24 % gestiegenen Geldüberweisungen zu erhalten, die ins Land kommen und dazu dienen, die Familien zu ernähren, die hier bleiben, scheint einfacher zu sein. So bleibt das ernüchternde Fazit: 26 Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens gibt es kaum noch etwas zu retten. (Prensa Comunitaria)

Wahlen I: Thelma Cabrera und Jordán Rodas Präsidentschaftskandidat*innen der MLP

Santo Domingo, Suchitepéquez, 28. Dezember - Am heutigen Mittwoch, den 28. Dezember, hielt die politische Partei Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) ihren nationalen Parteitag in der Gemeinde Santo Domingo im Departement Suchitepéquez ab, auf dem sie Thelma Cabrera Pérez und Jordán Rodas Andrade zu ihren Kandidat*innen für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft des Landes bei den nächsten allgemeinen Wahlen in Guatemala 2023 wählte. Sie sind damit die siebte Präsidentschaftskandidatur, die offiziell für das Rennen verkündet wurde und werden demnächst in das Register des Obersten Wahlgerichts (TSE) eingetragen, um (im Falle von Cabrera) zum zweiten Mal bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten. An der Nationalversammlung der im November 2018 gegründeten Partei nahmen Hunderte von Mitgliedern teil, die grösstenteils der bäuerlichen und sozialen Volksbewegung des Komitees für bäuerliche Entwicklung (CODECA) aus verschiedenen Dörfern und indigenen Gemeinschaften des Landes und Guatemala-Stadt angehören. Sie bilden die wichtigste Basis der Partei.

Thelma Cabrera ist seit dreissig Jahren CODECA-Führerin und stand 2019 an der Spitze der MLP-Präsidentschaftskandidat*innen. Cabrera, eine aus dem Departement Retalhuleu stammende Mam, ist eine bekannte Menschenrechtsverteidigerin und Bauernführerin. Bevor sie 1992 zu CODECA kam, war sie Hausfrau und half ihrem Mann bei der landwirtschaftlichen Arbeit, wie sie selbst in mehreren Interviews sagte. Sie ist Mutter von vier Kindern und ihr Einstieg in die Parteipolitik ist das Ergebnis eines volksdemokratischen Prozesses, in dem sie von den Gemeinden beauftragt wurde, diese zu vertreten. Bevor sie Teil dieser Bewegung wurde, arbeitete sie als Koordinatorin des Frauennetzwerks. Während ihrer dreissigjährigen Arbeit mit den Gemeinschaften hat sie sich für die Verteidigung der Rechte der Frauen, der Mutter Erde und der Umwelt eingesetzt und auch die Verstaatlichung einiger Güter und Dienstleistungen gefordert sowie Praktiken der Ausgrenzung indigener Gemeinschaften durch verschiedene Regierungen angeprangert. (...)

Rückkehr von Jordán Rodas auf die politische Bühne

Für Jordán Rodas ist es das erste Mal, dass er sich um dieses Amt bewirbt und damit seine Integration in die Partei bestätigt. Der in Quetzaltenango geborene Rodas strebt mit der MLP die Vizepräsidentschaft an, nachdem er im vergangenen August sein Amt als PDH abgegeben und den Wahlbetrug bei den Wahlen zum Rektor der Universität San Carlos de Guatemala (USAC) angeprangert hatte, bei denen er von der Bewegung SOS USAC gewählt wurde, die zu den Favoriten auf den Wahlsieg gehört hätte, wenn die Wahlen am 27. April dieses Jahres demokratisch stattgefunden hätten. Rodas musste sein Amt als PDH am 19. August an José Alejandro Córdova Herrera übergeben, der von einer Mehrheit im Kongress unter Führung der Regierungspartei VAMOS gewählt wurde. Am folgenden Tag verliess Rodas Andrade das Land, um sich eine Auszeit zu gönnen, wie er in einem Kommuniké mitteilte. Er werde sich fortan verschiedenen beruflichen Verpflichtungen und Herausforderungen widmen. Bei seiner Abreise bekräftigte er sein Engagement für den Widerstand der Studierenden und Lehrenden von der Universität San Carlos, der sich aus Empörung über den Wahlbetrug gebildet hatte. Er gestand vor einigen Tagen, dass er sich durch die Arbeit, die er in der PDH geleistet hatte, wohl und beruhigt fühle. "Ich gehe mit erhobenem Haupt", sagte er auf einer Pressekonferenz.

Seine Nominierung als Vizepräsidentschaftskandidat für die Bewegung für die Befreiung des Volkes (MLP) kommt überraschend und inmitten eines Vorwahlszenarios, das bisher von konservativen Parteien aus dem Militär, der Wirtschaft oder dem traditionellen Sektor angeführt wurde. Sie erfolgt auch inmitten einer Zeit, in der die Verfolgung von Staatsanwält*innen, Richter*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zunimmt. [*Wir haben in den letzten Heften vielfach über die Fälle berichtet, d. Red.*]

Jordán war nicht nur Staatsanwalt, sondern ist auch Professor des Studiengangs Rechts- und Sozialwissenschaften am Universitätszentrums des Westens (CUNOC). Dort hat er Kurse über Verfassungs- und Verwaltungsrecht gehalten und auch im Rahmen des Masterstudiengangs Management für nachhaltige Entwicklung unterrichtet.

2019: Ein historischer vierter Platz und der politische Arm von CODECA.

Bei den Parlamentswahlen vom 16. Juni 2019 versuchte die MLP zum ersten Mal, Wahlen zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit war es Thelma Cabrera, die zusammen mit Neftalí Matías López an der Spitze der Präsidentschaftswahlen

stand und einen historisch bisher einmaligen vierten Platz belegte, obwohl dies ihr erster Ausflug in die Parteipolitik wenige Monate nach der legalen Gründung der Partei war.

Nach Angaben des Obersten Wahlgerichts lag die Kandidatin der MLP im Jahr 2019 mit 10,32 % der Gesamtstimmen an vierter Stelle vor fünfzehn anderen Parteien wie PAN, PODEMOS und VIVA und nur hinter den Parteien UNE, VAMOS und Humanista. Die MLP erhielt 452.260 Stimmen und lag damit 155.823 Stimmen hinter dem derzeitigen Präsidenten Alejandro Giammattei, der im ersten Wahlgang den zweiten Platz belegt hatte. Ausserdem setzte sich das Duo Cabrera-López mit mehr als 185.000 Stimmen gegen die Kandidatur von Roberto Arzú durch, der kürzlich von der Partei PODEMOS erneut zum Kandidaten für die nächsten Wahlen ausgerufen wurde.

Im Einklang mit ihrem allgemeinen Programm für 2019 haben CODECA und andere soziale Bewegungen 2018 die Partei MLP als politisches Instrument gegründet, um bei den Wahlen nach den derzeitigen politischen und wahlrechtlichen Regeln anzutreten, um die Vertretung der Völker, Gemeinschaften und sozialen Sektoren der Bewegung in repräsentativen Positionen in der Zentralregierung und im Kongress zu erreichen. Die Gründung der Partei ist das Ergebnis von 26 Jahren Organisation, Bildungsarbeit, sozio-politischer Reflexion und gemeinschaftlichem Kampf. Dieser Kampf werde auf der Grundlage des Klassenbewusstseins geführt und soll den Prozess einer volksnahen und pluralistischen verfassungsgebenden Versammlung fördern, der schliesslich zum Aufbau eines pluralistischen Staates und eines guten Lebens führen soll. "Die MLP ist also das parteipolitische Instrument, das geschaffen wurde, um die Ziele der CODECA und der sozialen Bewegungen zu verwirklichen", heisst es in ihrem früheren Programm.

Vier Jahre nach ihrer Gründung hat die MLP eine Vertreterin im Kongress und ist in 22 Departements des Landes vertreten. Nach den jüngsten TSE-Daten über die den Parteien angeschlossenen Personen hat die MLP 24.577 Mitglieder in 260 Gemeinden, wobei die Departements Jutiapa, Jalapa, Suchitupéquez, Retalhuleu, Alta Verapaz, Sololá und Petén die höchste Mitgliederzahl aufweisen. 52,23 % der Mitglieder sind Frauen. (Prensa Comunitaria)

Wahlen II: Profil der Wähler*innen: Mehr Frauen und viele junge Menschen

Guatemala, 16. Dezember - Knapp einen Monat vor Beginn der nächsten Wahlen sind 8.879.839 Personen beim TSE registriert. Von dieser Zahl sind 53,95 %, 4 790 897 Personen, Frauen. Darüber hinaus sind 52 % zwischen 18 und 40 Jahren alt. Was die territoriale Zusammensetzung des Wählerverzeichnis anbelangt, so stehen an der Spitze die Departements Guatemala, Huehuetenango, Alta Verapaz, San Marcos, Quiché und Quetzaltenango, die zusammen mehr als 54 Prozent ausmachen, (...). Das Wahlverzeichnis wird voraussichtlich am 27. März 2023 geschlossen, wenn die 120 Tage, die das LEPP vorschreibt, abgelaufen sind. Das TSE hat dafür die Zielmarke von 9,8 Millionen registrierten Wähler*innen angekündigt, liegt aber angesichts der Schwäche der umgesetzten Strategie, der mangelnden Koordinierung mit anderen Institutionen und trotz der zahlreichen Ressourcen, die der Institution zur Verfügung stehen, immer noch fast 1 Million unter diesem Ziel. (...) (Prensa Comunitaria)

Wahlen III: "Ich würde ja gerne wählen, aber ich weiss nicht wen": Jugend in Xela

Quetzaltenango, 14. Dezember - "Ich wusste nicht, dass ich mich registrieren lassen muss, um zu wählen und ich weiss auch nicht, wann die Wahlen stattfinden. Ich wurde 2021 18 Jahre alt und würde gerne wählen, aber ich weiss noch nicht wen", sagt Jorge Bautista, ein junger Mann aus Salcajá, Quetzaltenango.

Nach Angaben des Registers des Obersten Wahlgerichts (TSE) waren am 11. Dezember dieses Jahres 8.870.103 Guatemalte*innen als Wähler*innen registriert. Auf nationaler Ebene ist die Altersgruppe der 31- bis 35-Jährigen diejenige mit den meisten registrierten Wähler*innen, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen, während die 18- bis 25-Jährigen die Gruppe mit den wenigsten registrierten Wähler*innen für die Wahlen im nächsten Jahr sind. Es gibt mehrere Gründe für die geringe Registrierung dieses Teils der Bevölkerung. Die Erfahrungen von Jorge Bautista ähneln denen einiger Jugendlicher. Die meisten sagen, dass sie nur wenig Informationen haben, um sich am Wahlprozess zu beteiligen.

Hania Velásquez ist 20 Jahre alt und freut sich auf die Teilnahme an der Abstimmung. Da sie zum ersten Mal wählen wird, hat sie nur wenige Informationen darüber erhalten, was sie vor den wichtigen Terminen tun muss. "Ich bin ständig in den sozialen Medien unterwegs und denke, dass es ein gutes Instrument für die Behörden wäre, junge Menschen über das Wahlverfahren zu informieren. Ich habe es erfahren, weil eine Tante mich fragte, ob ich mich schon angemeldet hätte und ich wusste nicht, was ich tun sollte. Ich rief in der Zentrale des TSE in Xela an, um mir erklären zu lassen, was zu tun ist und es war ganz einfach: Ich ging zu einem ihrer Büros und meldete mich an", so Velásquez.

Nach Angaben von Julio Herrera, dem Abteilungsbeauftragten des Wahlregisters in Quetzaltenango, gibt es derzeit drei Stellen, an denen die Daten aktualisiert und neue Bürger*innen registriert werden. Diese sind auf zwei Einkaufszentren und den Hauptsitz in Zone 1 von Xela konzentriert. In diesem Jahr, so Herrera, haben sich 35.000 Menschen neu registriert, um an den Parlamentswahlen 2023 teilzunehmen. Sein Ziel ist es, 50.000 neue Registrierte zu erreichen, aber alles wird davon abhängen, wie sich die Zahlen entwickeln, fügte er hinzu. Er sagte auch, dass trotz der Fortschritte bei

der Registrierung junger Menschen diese am wenigsten interessiert seien und die für dieses Jahr gesetzten Erwartungen und Ziele nicht erfüllen. Herrera zufolge melden sich die 25- bis 35-Jährigen am häufigsten an, während die jungen Leute, die gerade 18 Jahre alt geworden sind, nicht kommen. Bisher wurden Registrierungstage abgehalten und an den Wochenenden gehen sie in die Gemeinden und ländlichen Gebiete, um die dort lebenden Menschen zu registrieren. (...)

Nach der Hauptstadt ist Huehuetenango mit mehr als 662.000 registrierten Wähler*innen das Departement mit der grössten Anzahl an Wähler*innen, gefolgt von Alta Verapaz, San Marcos, Quiché und Quetzaltenango. Laut der Volkszählung 2018 beläuft sich die Gesamtbevölkerung von Quetzaltenango auf 799.101 Einwohner*innen, von denen sich 50,87 Prozent als Maya identifizieren. Diese Daten könnten eine Erklärung dafür sein, dass das TSE die vertretene Bevölkerung nicht erreicht, sagt der politische Analyst Edgar Ramírez, da es keine kulturell relevanten Massnahmen und keinen ländlichen Ansatz zur Einbeziehung der gesamten Bevölkerung umsetzt. "Die Menschen lassen sich ohne vorherige Schulung registrieren und die Mitarbeiter*innen des Wahlregisters sind nicht in der Lage, in den Muttersprachen der Bevölkerung zu kommunizieren. (...) Sie besuchen einige Orte nur alle drei Jahre, um die Statistiken auszufüllen und es gibt keine ständige Präsenz des TSE; ausserdem funktioniert es in den Jahren vor den Wahlen nicht richtig", schliesst er.

Es herrscht Wahlverdrossenheit

Alejandra Teleguario, eine junge Aktivistin in Quetzaltenango, wies darauf hin, dass die Jugend bei den Wahlen ernst genommen werden müsse, da sie klein gehalten und nur dann einbezogen werde, wenn sie Stimmen einbringt. Sie appellierte an die jungen Menschen, die wählen gehen, dies bewusst zu tun, da die meisten von ihnen die Absicht haben, nicht oder ungültig zu wählen. "Denn das System bereitet uns darauf vor, damit wir die Dinge nicht von Grund auf ändern, damit dieselben alten Leute weiter regieren und die Ungerechtigkeit aufrechterhalten wird. Wir müssen die Augen offen halten, denn wir befinden uns in einem sehr unsicheren politischen Umfeld. Es wird viel darüber geredet, wer auf lokaler und nationaler Ebene kandidieren wird. Es lohnt sich also, wachsam und informiert zu sein", so Teleguario. Diese Wachheit ist jedoch nicht weit verbreitet. So sagt die 19-jährige Erika Salazar: "Ich arbeite in einer Buchhandlung in der Zone 6 von Xela und ich werde mich nur registrieren, wenn ich Zeit dafür finde, in eines dieser Zentren zu gehen. Sonst werde ich es nicht tun."

Die Politologin Celia Luna sagte, die Bevölkerung habe das Interesse an der Teilnahme an den Wahlen verloren, weil die politischen Vorschläge der Parteien angesichts der Probleme, die sie betreffen, keine Ergebnisse brächten. "Die Bevölkerung wird keine Zeit investieren, um ihre Daten zu aktualisieren oder sich registrieren zu lassen, wenn es keine Verbindung oder einen aufrichtigen und echten Aufruf zum Wählen gibt", sagte sie. Zudem – so fuhr Luna fort – sollte in den Schulen und Hochschulen politische Bildung angeboten werden, damit die Jugendlichen wissen, wie wichtig der Wahlprozess im Land ist und wie sie daran teilnehmen können. Ausserdem gehe es darum, die Informationsweitergabe zu dezentralisieren, um die Bevölkerung zu erreichen, und darum, vor allem die jungen Menschen intensiver anzusprechen: "Nicht alle jungen Leute wollen wählen gehen. Selbst diejenigen, die im Wahlverzeichnis eingetragen sind, wollen nicht mehr wählen, weil sie von der Politik die Nase voll haben (...)", sagte Luna. (...)

Jorge, Hania und Erika haben etwas gemeinsam: Sie nehmen zum ersten Mal an einer Wahl teil, (...) zwei von ihnen sind bereits registriert, aber keine*r von ihnen hat eine klare Vorstellung davon, wen sie wählen werden. Sie sagen, dass die Kandidat*innen, die sie bisher in den sozialen Netzwerken gesehen haben, weder Empathie noch Vertrauen erzeugen. "Es ist mehr vom Gleichen", sagten sie. (...) (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6